



**Wahlen**



Seite 3/4

**Mieten**



Seite 5

**Spielplan**



Seite 7

Aus BVV und Ausschüssen

## Bürgerbeteiligung, aber wie?!



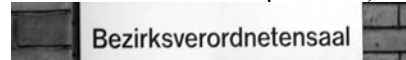
Kameras, ein paar Polizeibeamte und eine gut besuchte Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Anlass war ein Antrag der Fraktion der Grünen, der sich mit den geplanten Baumaßnahmen in der Kastanienallee beschäftigten. Dieser wurde stellvertretend für die Initiative „K21“ sowie „NURzu! Pankow“ eingebracht, der die Durchführung einer Bürgerbefragung zur geplanten Bebauung zum Ziel hatte.

Zwar gab es im Vorfeld durch das Bezirksamt ein sehr breites Beteiligungsverfahren, in welchem unter anderem, aber nicht nur, Schülerinnen und Schüler anliegender Schulen über ihre Vorstellungen und Ideen befragt wurden. Trotzdem sei das Beteiligungsverfahren, laut Aussage des Aktivisten Till Harter, gescheitert.

Man möchte die Kastanienallee in ihrer jetzigen Bauweise beibehalten bzw. ein Bürgerbeteiligungsverfahren mit eigenen Vorschlägen

zum Umbau einbringen. Die Aktivisten stellten sich mit den Protesten in eine Reihe mit den bundesweit bekannten Vorgängen um „Stuttgart21“. Beteiligte der Befragung sollen nach Ansicht der Protestierenden unter anderem Anwohner, Gewerbetreibende und deren Mitarbeiter sein. Was mit den vielfältigen unterschiedlichsten anderen Nutzerinnen und Nutzern passieren soll, blieb allerdings offen. Schlussendlich wurde der Antrag durchgängig, bei einigen Enthaltungen, von allen Fraktionen abgelehnt. Bleibt abzuwarten, wie es weitergeht, sobald die ersten Bagger rollen.

Mit Erfolg, aber leider ohne Aussprache, blieb ein humorvoller Antrag der Linksfraktion mit dem Titel „Schönheit vor Recht“ (siehe Seite 8). Dieser hatte die Intention, das Bezirksamt zu verpflichten, die



durch die CDU zu früh aufgehängten Wahlplakate, welche seit einiger Zeit in Pankow zu bewundern sind, mindestens bis zum Wahltag 2011 hängen zu lassen.

Ebenso wurde ein Antrag der Linksfraktion zur Förderung der bezirklichen Kulturstätten und kommunalen Galerien beschlossen. Ein weiterer erfolgreicher Antrag hatte zum Ziel, Künstlern ein Ausstellungshonorar bereitzustellen, welche in kommunalen Galerien ausstellen.

So kann es öfter laufen.

*Patrick Technau*  
Bezirksverordneter



## Parkdruck



Fünf Monate nach Einführung der Parkraumbewirtschaftung im südöstlichen Prenzlauer Berg fällt eine Zwischenbilanz gemischt aus: In Teilbereichen sind die gewünschten Effekte eingetreten. Wo Vattenfall und die Wasserbetriebe umfangreiche Bauarbeiten vornehmen, insbesondere rings um dem Helmholtzplatz, scheint sich gar nichts geändert zu haben. Als richtig hat sich ebenso der Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) erwiesen, die an die Parkzonen angrenzenden Gebiete genau zu beobachten. Vor allem im Bötzowviertel hat die Verdrängung des ruhenden Verkehrs in kürzester Zeit Verhältnisse geschaffen, wie sie über viele Jahre südlich von Metzger und Schwedter Straße und am Kollwitzplatz herrschten. Und das trotz aller Versicherungen der „Experten“, dass solch eine Verdrängung nicht stattfinden würde. Die Ergebnisse der von der BVV angeordneten Nachuntersuchungen erfüllen leider nicht die geforderten Maßstäbe. Schnelle, vor allem

aber rechtsfeste und wirtschaftlich befriedigend untermauerte Entscheidungen sind auf ihrer Grundlage nicht möglich. Der Verkehrsausschuss der BVV hat sich darum auf Initiative der Linksfraktion hin entschlossen, eine zweite Machbarkeitsstudie zur Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung mit klar definierten Fragestellungen beim Bezirksamt in Auftrag zu geben. Untersucht werden sollen das Bötzowviertel und die Grüne Stadt sowie die Kieze Arnimplatz und Humannplatz zwischen S-Bahn und Bornholmer bzw. Wisbyer Straße. Die Schwierigkeit besteht darin, in diesen – im Unterschied zu den bestehenden Parkzonen – fast reinen Wohngebieten sachliche Gründe für die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung zu finden. Dazu muss vordringlich das Verhältnis von Anwohner-KfZ zu ortsfremden und Gewerbefahrzeugen zu unterschiedlichen Tageszeiten ermittelt werden. Die Auslastung allein, zum Beispiel nur mit Anwohner-KfZ, wäre kein

Grund, eine Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Außerdem muss sich auch die Ausweitung des Abenteuers wirtschaftlich rechnen, denn zumindest mit der LINKEN ist keine Ausweitung zu Lasten der sozialen Infrastruktur zu machen. Und schließlich müssen die dann eventuell unmittelbar benachbarten Gebiete in ihrem Ist-Zustand erfasst werden.

Die Ergebnisse der Untersuchung sollen am 7. Juni vorliegen. Das ist ehrgeizig. Aber erst danach wird entschieden.

*Wolfram Kempe*  
Bezirksverordneter



Das Interview

## Bergauf-Bergab

Udo Wolf ist Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Abgeordnetenhaus. Er wurde 1962 in Frankfurt/Main geboren, ist seit 1993 Mitglied der PDS und seit 2001 Mitglied im Abgeordnetenhaus. *extraDrei* sprach mit ihm über Privates und Politisches:

**Bildung, Mindestlohn und öffentlich geförderte Beschäftigung stehen als drei Stichworte auf Deiner Internetseite. Was wirst Du hinzufügen, wenn DIE LINKE erneut Regierungsverantwortung trägt?**

Ein ganz großes Thema wird die Mieten- und Wohnungspolitik sein. Da brauchen wir mehr Schutz vor drastischen Mietsteigerungen und Verdrängung. Dann geht es weiter darum, wie das Land seinen Einfluss auf Unternehmen der Daseinsvorsorge ausbauen kann. Dann ist mir wichtig, dass wir die Projekte gegen Rechtsextremismus in der Stadt erhalten und stärken. Und an erster Stelle stehen Arbeitsplätze. Da sind in den letzten Jahren 118.000 neu und sozialversichert entstanden. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 140.000. Berlin ist das Bundesland mit dem höchsten Zuwachs an Beschäftigung. Und bis 2016 sind nochmal 150.000 Stellen möglich, besonders in den Zukunftsbranchen und vor allem ordentlich entlohnt.

**Was hat Deine Arbeit in den zurückliegenden Jahren beflügelt, was hat sie gebremst?**

Wie sich meine Partei, meine Fraktion engagiert für ein soziales und solidarisches Berlin, das hat mich beeindruckt. Wir waren immer diejenigen, die Druck gemacht haben in der Koalition. Dafür, dass es in Berlin besser wird an den Schulen, dafür, dass es mit öffentlich geförderter Beschäftigung Alternativen zu Ein-Euro-Jobs gibt oder für eine bessere Integrationspolitik. Auf der Bremse stand da in vielen Fällen der Koalitionspartner. Und dass manche Dinge wünschenswert, aber nicht immer machbar sind, hat auch mit der Haushaltslage Berlins zu tun.

**Suchst Du Dir Verbündete für die praktische Politik nach dem Parteibuch oder nach dem Sachverstand?**

Das eine schließt das andere doch nicht aus.

**Politik gestalten bedeutet immer auch, Kompromisse zu finden, die für die Beteiligten lebbar sind. Wo hört bei Dir Kompromissbereitschaft auf?**

Ganz klar immer dann, wenn es um Verstöße gegen die Menschenrechte, um Rassismus, Antisemitismus, Sexismus oder Homophobie geht.

**Was fehlt Dir persönlich in Berlin, was andere Großstädte möglicherweise haben?**

Richtige Berge.

**Bei wem holst Du Dir ganz persönlich Rat?**

Das kommt durchaus auf das Thema an. Am liebsten natürlich bei Sachkundigen. Wenn die dann Freunde und oder Genossen sind, umso besser.

**Worüber gerätst Du mit Deinem Bruder Harald Wolf dem Wirtschaftsminister, in Streit?**

Wenn dann über Privates. Politische Differenzen versuchen wir sachlich zu klären.

**Glaubst Du, dass es ganz allgemein typisch männliche oder typisch weibliche Eigenschaften bei Politikern gibt?**

Ja.

**Du kandidierst bei den Wahlen für das Abgeordnetenhaus in unserem Bezirk. Als alter Hase in der Politik und als Sportler – welche Eigenschaften muss Deiner Meinung nach ein guter Politiker besitzen?**

Ausdauer und Gelassenheit sind durchaus nützlich. Auch muss man ziemlich stressresistent sein. Aber

ohne Verständnis für das, was die Menschen in dieser Stadt oder hier im Bezirk bewegt, ohne Empathie wäre man kein guter Politiker.

**Welches Buch liegt gerade auf dem Nachttisch?**

Bei mir liegen Bücher selten auf dem Nachttisch, eher neben dem Ergometer, wo ich, wenn ich zum



Ausgleich zu Hause ein bisschen Rad fahre, gerne auch lese. Derzeit ein historischer Roman: Stonehenge von Bernard Cornwell.

**Was hast Du zuletzt im Kino oder Theater gesehen?**

Da bin ich jetzt lange nicht gewesen. Aber ich würde gern den Film „Mount St. Elias“ sehen. Das ist ein Dokumentarfilm, wie zwei Österreicher einen der schwierigsten Berge der Welt nicht nur besteigen, sondern ihn anschließend auf Skiern wieder runterfahren.

**Was bringt Dich zum Lachen? Erzähl uns Deinen Lieblingswitz.**

Ich kann mich richtig über Kurt Krömer oder Horst Evers amüsieren. Evers Buch „Mein Leben als Suchmaschine“. Da kann ich gern draus vorlesen...

Interview:

Gisela Blank / Renate Tepper



Wahlen



## Wählt DIE LINKE, weil...

Am 18. September 2011 finden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Die Pankower Direktkandidatinnen und -kandidaten der LINKEN erklären, warum DIE LINKE gestärkt in das Landesparlament einziehen muss.

Wahlkreis 1: **Elke Breitenbach**, 50 Jahre, Politikwissenschaftlerin, Arbeitsmarkt- und integrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion

**Wählt die LINKE, weil...**

wir für soziale Gerechtigkeit stehen. Ein gutes Beispiel dafür ist der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS). Er bietet Erwerbslosen eine Perspektive und organisiert sinnvolle Arbeit, die die Stadtgesellschaft stärkt.

Wahlkreis 2: **Eveline Lämmer**, 58 Jahre, Sozialmanagerin

**Wählt die LINKE, weil...**

sie sich für die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe der Menschen, für existenzsichernde Arbeit und für bürgerschaftliches Engagement einsetzt.

Wahlkreis 3: **Klaus Lederer**, 37 Jahre, Rechtsanwalt, Landesvorsitzender DIE LINKE Berlin

**Wählt die LINKE, weil...**

nur mit uns etwas dagegen getan wird, dass Konzerne mit Wasser, Nahverkehr, Krankenversorgung und anderen lebenswichtigen Leistungen in unserer Stadt Profite machen.

Wahlkreis 4: **Gernot Klemm**, 46 Jahre, Politikwissenschaftler, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion

**Wählt die LINKE, weil...**

sie für soziale Gerechtigkeit, einen flächendeckenden Mindestlohn und den Ausbau der Öffentlichen Daseinsvorsorge eintritt.

Wahlkreis 5: **Sören Benn**, 42 Jahre, Sozialpädagoge

**Wählt die LINKE, weil...**

nur mit ihr der soziale Zusammenhalt der Stadt gesichert wird, der Berlin Pass erhalten bleibt, prekäre Beschäftigung bekämpft wird und mehr Gemeinschaftsschulen geschaffen werden.

Wahlkreis 6: **Florian Schöttle**, 55 Jahre, Atelierbeauftragter

**Wählt die LINKE, weil...**

sie zuerst die soziale Frage stellt, sie die Partei der Initiativen ist, Recht auf Stadt und Teilhabe an der Kultur keine Frage des Geldes sein darf und Solidarität die einzige Lösung ist.

Wahlkreis 7: **Udo Wolf**, 48 Jahre, Vorsitzender der Linksfraktion

**Wählt die LINKE, weil...**

in Berlin nur wir konsequent für eine soziale und solidarische Stadt eintreten. Nur mit uns gibt es Alternativen zu Hartz IV, Chancengleichheit in der Bildung und mehr Demokratie.

Wahlkreis 8: **Katrin Möller**, 43 Jahre, Diplompädagogin

**Wählt die LINKE, weil...**

weil immer mehr menschen begreifen, dass sie für sie etwas tut, eine moderne Bildungslandschaft mit Chancengleichheit für alle baut und ökologischen Umbau mit sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Wahlkreis 9: **Marion Seelig**, 58 Jahre, Autorin, Innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion

**Wählt die LINKE weil...**

Bürgerrechte und Datenschutz ein eben so hohes Gut sind wie Informationsfreiheit und die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern.



Mieten und Wohnen

# Bausteine für soziale Wohnungspolitik

Vom 3. bis 5. März war die Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus von Berlin wieder in Klausur gegangen: diesmal in Wernigerode. Nachdem die Fraktion erfolgreich den Brocken bestiegen hatte und mit der Dampfisenbahn zurück ins Tagungshotel gefahren war, widmete sie sich der Berliner Wohnungspolitik – neben der Gemeinschaftsschule und dem Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor - Schwerpunkt der diesjährigen Klausur. Einleitend erläuterte Uwe Doering, wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion, die aktuelle Situation

auf dem Berliner Wohnungsmarkt. Während Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) immer noch von einem entspannten Wohnungsmarkt in der Gesamtstadt spricht, zeigt eine von der Fraktion in Auftrag gegebene Studie, dass leer stehende Wohnungen in einigen Bezirken nicht mehr vorhanden sind und gesamtstädtisch bald eine Marke von drei Prozent erreicht wird. Fällt der Leerstand darunter, könnte ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum erlassen werden. Daraus folgert die Fraktion, dass die Politik nicht länger warten darf,

sondern bereits jetzt reagieren muss. Die Beschlüsse der vorausgegangenen Fraktionsklausuren werden daher durch weitere Bausteine ergänzt. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften sollen in die Lage versetzt werden, ihren Wohnungsbestand wieder auszuweiten: durch Ankäufe und Neubau. Dafür muss von der bisherigen Renditeabführung an den Landeshaushalt abgesehen werden. Die städtischen Gesellschaften sollen landeseigene Grundstücke günstig erwerben können, um neue kommunale Wohnungen mit Mieten für niedrige und mittlere Einkommen zu bauen. Für den so genannten sozialen Wohnungsbau (siehe Artikel unten) hat die Linksfraktion beschlossen, die extrem hohen Kostenmieten rechtlich zu überprüfen. Da nach dem Ausstieg aus der Anschlussförderung viele private Wohnungsgesellschaften in Insolvenz gehen, sollen ehemals öffentlich geförderte Sozialwohnungen zum Beispiel bei Zwangsversteigerungen für den kommunalen Wohnungsbestand angekauft werden.

*Guido Brendgens*  
Bezirksverordneter



## Damoklesschwert

Mietexplosionen im sozialen Wohnungsbau erschrecken zurzeit die Mieterinnen und Mieter in Berlin. Seitdem im Fanny-Hensel-Kiez in Kreuzberg zum ersten Mal die volle Kostenmiete im sozialen Wohnungsbau verlangt wird – sage und schreibe 13 Euro! – steigen weitere Sozialmieten in Kreuzberg: eine Familie soll statt bisher 1.000 knapp 2.000 Euro Miete zahlen. Dem Erhöhungsverlangen sind die Mieterinnen und Mieter schutzlos ausgeliefert. Sie müssen innerhalb von Wochen einwilligen oder umziehen. Die Kostenmiete ist ein perverses Droh- und Druckmittel, denn der übliche Mieterschutz gilt für Sozialmieter nicht. Sie führt zur Diskriminierung von Mietern mit Migrationshintergrund und zur Entmietung, teilweise auch zur

Umwandlung in Eigentumswohnungen. Droht auch in Pankow eine Mietexplosion? In unserem Bezirk sind in den nächsten Jahren rund 4.600 Wohnungen vom Wegfall der Anschlussförderung betroffen, so viele wie in keinem anderen Bezirk. Die Wohnungen, deren Miethöhe nicht mehr gedeckelt ist, verteilen sich auf den ganzen Bezirk, häufen sich aber in Französisch-Buchholz und Karow-Nord. Bislang verlief der Wegfall der Anschlussförderung in Pankow geräuschlos. Dauerhaft und flächendeckend wird wahrscheinlich so lange keine volle Kostenmiete erhoben, wie die Vergleichsmieten im Mietspiegel und die Nachfrage nach den Wohnungen nicht drastisch steigen. Dennoch könnte ohne weiteres – anders als im frei

finanzierten Wohnungsbau – eine Miete über Mietspiegel verlangt werden. Angesichts höherer Neuvertragsmieten würden viele die Mieterhöhung wohl dulden.

Für DIE LINKE ist klar: Der soziale Wohnungsbau muss wieder seinen Zweck erfüllen, nämlich Haushalte zu unterstützen, die sich nicht problemlos mit Wohnraum versorgen können. Einfache Lösungen gibt es wegen der bindenden Fördersystematik aus alten Tagen leider nicht. Auf Landesebene arbeitet die Fraktion DIE LINKE derzeit an einer Strategie. Auf Bezirksebene könnte wie in Kreuzberg im Notfall ein Runder Tisch eingerichtet werden, um Betroffenen unbürokratisch zu helfen.

*Guido Brendgens*  
Bezirksverordneter



Koalitionskrach

## SPD gegen ÖBS



Lieber viele und dafür billige Jobs. Diese Auffassung des Berliner SPD-Fraktionsvorsitzenden Müller (Berliner Morgenpost vom 8. März 2011) deckt sich mit der Position der Berliner Grünen. Damit verlässt die SPD den bisherigen gemeinsamen Weg, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu Mindestlohnbedingungen zu finanzieren. DIE LINKE wird sich jedoch weiter für den Erhalt und die Ausweitung des Berliner ÖBS einsetzen.

Zur Erinnerung: Wir haben in Berlin mit dem Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose geschaffen. Die Beschäftigten im ÖBS werden tariflich bezahlt, erhalten aber mindestens 1.300 Euro brutto im Monat. Sie verrichten dort gesellschaftlich sinnvolle Arbeit, die die Stadtgesellschaft stärkt und Ausgrenzung verhindert.

Finanziert wird der ÖBS über verschiedene arbeitsmarktpolitische Instrumente des Bundes und Ber-

lin stockt sie mit Geldern aus dem Landeshaushalt auf.

Immer wieder hatten wir Probleme mit der Bundesebene, die die Programme ständig ändert und den ÖBS politisch ablehnt. Hinzu kommt nun das Sparpaket der Bundesregierung, mit welchem allein Berlin in diesem Jahr 200 Millionen Euro weniger für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen. Das wirkt sich auch auf den ÖBS aus. Von den ehemals rund 7.500 Stellen im ÖBS gibt es schon jetzt nur noch 5.600.

Wir wollen den ÖBS erhalten, indem wir ein weiteres Bundesprogramm, die Bürgerarbeit, nutzen. Nach den Planungen der Bundesregierung sollen die Beschäftigten dort nur 900 Euro brutto monatlich erhalten. Damit wären sie weiter auf ergänzende Leistungen angewiesen. Diese Form von Niedriglohn lehnen wir ab. Wir möchten die Bürgerarbeit zu ÖBS Bedingungen - also, mit einem Mindestlohn von 1.300

Euro - nutzen und entsprechend aufstocken.

Unserem Vorschlag hat die CDU-Bundesarbeitsministerin von der Leyen nach zähen Verhandlungen zugestimmt. Doch nun stellt sich die SPD in Berlin dagegen. Obwohl die Bürgerarbeit zu ÖBS-Bedingungen keine Mehrkosten für den Landeshaushalt verursacht, will sie die Gelder dafür nicht freigeben. Deswegen kracht es gerade in der rot-roten Koalition.

*Elke Breitenbach*

Mitglied des Abgeordnetenhauses



## Mit Karge Eisler hören

Eigentlich doof, wenn man in einem linken Blättchen wie diesem über ein Bühnenerlebnis ins Schwärmen gerät, weil es so aktuell wie authentisch, so klar wie wahr ist und so kunstvoll wie politisch. Dann hat's dummerweise gleich wieder ein Geschmäcke, wie der Schwabe sagt... Aber schauen Sie einfach selber! Ja, richtig linkes Theater. In allerfeinster bürgerlicher Tradition. Weil gebildet, weil intellektuell, weil auf diese Weise einfach. Nee, nee, keine proletarische Schiebermützen-Revue wie



eine große Berliner Zeitung die Inszenierung abbürstete. Wer sich den zweiten Rang für 15 Euro gerade noch leisten kann, muss hin! - Mitte Januar hatte dieser merkwürdige Theaterabend Premiere. „Hanns-Eisler-Revue“ ist er überschrieben. Inszeniert hat ihn Manfred Karge. Am Berliner Ensemble, dem Haus, wo Brecht mit seinem Freund Eisler quasi das Theater neu erfand.

Und wer das noch erlebt hat, fühlt sich in beste BE-Zeiten versetzt. Kein Wunder, denn Karge hat hier sein Handwerk schließlich gelernt. Von der Bühne (Karl-Ernst Herrmann), die wie eine Spitze ins Parkett piekt, bringen die 22 Schauspielerinnen und Schauspieler (in sehr stimmigen Kostümen von Jessica Karge) mit zwölf Musikern (Leitung Tobias Schwenke) Gefühl und Verstand zum Tanzen. Ein wenig Peinlichkeit kommt nur dann auf, wenn Roman Kaminski als Eisler das R über die Bühne rollt,

weil man vielleicht doch nicht komplett an die erhellende Kraft der Lieder, Balladen und Chöre glaubt und dem Abend noch einen zusätzlichen Rahmen geben will.

Die silberfuchspelzkragentragende Dame hatte zwar in der Pause ihrem Gatten naserümpfend prophezeit, dass man sich jetzt sicherlich auch noch die DDR-Nationalhymne antun müsse - aber da hat sie ihre Rechnung nicht mit Karge gemacht. Er lässt den „Roten Wedding“ links liegen und auch die umstrittene Hymne. Der Abend bleibt politisch wie am Beginn mit dem Stempellied, und er endet auch so. Nämlich mit Bechers „Alten Weisen“, in denen es heißt: „Es sind die alten Lieder,/ die singen neu aus mir,/ und wie vorzeiten wieder/ am Abend singen wir.“

Weil eben nichts unpolitisch ist. Die nächsten Aufführungen finden am 2. April und am 29. April statt.

*Gisela Blank*

20 Jahre Weißenseer Integrationsbetriebe

## Mit Liebich auf Tour

Ein besonderes Anliegen von Stefan Liebich (DIE LINKE) sind die Besuche von Pankower Vereinen, Institutionen und Unternehmen. Diese Vor-Ort-Termine in seinem Pankower Wahlkreis ermöglichen dem Mitglied des Bundestages wichtige Informationen, interessante Kontakte und Möglichkeiten, Unterstützung und Hilfe zu leisten. So besuchte Stefan Liebich Anfang des Jahres die Weißenseer Integrationsbetriebe (WIB), einen freien Träger zur Förderung der sozialen und beruflichen Integration behinderter und sozial benachteiligter Menschen. Geschäftsführerin Katarina Gehring und ihr Team informierten über Anliegen, Arbeitsweise, Erfolge und Schwierigkeiten der WIB.

Die WIB wurden 1990 als Verein gegründet. Zu den Angeboten gehören unter anderem eine Kontakt- und Beratungsstelle, das betreute Wohnen für psychisch kranke und suchtkranke Menschen, eine

Beschäftigungstagesstätte sowie Integrationsfachdienste für hörbehinderte Menschen, ein Waschhaus und eine Werkstätte für behinderte Menschen in den Bereichen Textil, Kantine, Hauswirtschaft sowie Garten- und Landschaftspflege.

Ziel der Projekte ist die soziale und berufliche Integration psychisch kranker und behinderter Menschen durch Beratung und Betreuung, Beschäftigung und Arbeit. Psychische Krankheiten sind in der Regel nicht angeboren. Es handelt sich oft um den bekannten Teufelskreis: Arbeitslosigkeit, Verlust sozialer Kontakte, Sucht, Obdachlosigkeit und Depression. Sicher, auch ich verlasse meine Kaufhalle nicht, ohne eine Obdachlosenzeitung zu kaufen, einen Kaffee mitzubringen oder, wenn ich mich traue, ein kleines Schwätzchen zu halten. Klar, das ist nur der berühmte Tropfen. Aber vielleicht tut er gut. Dennoch bin ich immer beschämt. Die Männer,

die ich dort sehe, sind oft so alt wie ich. Sie könnten Ingenieure gewesen sein. Ich steige in mein Auto und schäme mich für das System. Darum ist es so gut und so wichtig, dass es Angebote wie die WIB gibt. Wir haben bei unserem Besuch einige Fragen mitgenommen und hoffen, bei der Lösung von Problemen ein wenig helfen zu können.

*Gabi Kuttner*



## „Euthanasie“-Denkzeichen in Buch

Die „Euthanasie“-Mordaktionen in den Tötungsanstalten von Grafeneck, Brandenburg an der Havel, Hartheim, Sonnenstein, Bernburg und Hadamar begannen im Herbst 1939 mit der zentralen Erfassung von Patienten in den Heil- und Pflegeanstalten des Deutschen Reiches. Es folgten die Selektion und der Mord an mehr als 70.000 psychisch Kranken und geistig Behinderten, bis im August 1941 das Programm wegen öffentlicher Proteste angeblich gestoppt wurde. Die Opfer kamen unter anderem aus der Heil- und Pflegeanstalt Buch, dessen Direktor, der überzeugte Nazi Dr. Wilhelm Bender, zu den eifrigsten Protagonisten der sogenannten „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ gehörte. Zwischen 1934 und Ende 1939 wurden mehr als 770 Bucher Patienten zwangssterilisiert. Aus den Akten der Brandenburger Tötungsanstalt geht hervor, dass zwischen März und Juni 1940 direkt aus Buch 223 Patienten nach

Brandenburg verlegt wurden. Im Juli 1940 wurden mit einem großen Sammeltransport 124 jüdische Patienten der Psychiatrie nach Brandenburg überstellt und dort ermordet. Deshalb gilt der Sommer 1940 inzwischen als Beginn der planmäßigen Massenmorde an den Juden im Dritten Reich. Die genaue Zahl der aus Buch in die Tötungsanstalten abtransportierten Patienten ist nicht bekannt.

Über Jahrzehnte wurde dieser Teil der Geschichte der Bucher Heilanstalten verschwiegen. Wilhelm Bender konnte trotz seiner früheren Mitgliedschaft in der NSDAP und seiner Verstrickung in diese Medizin-Verbrechen in der DDR als Ärztlicher Direktor in Ueckermünde und Berlin-Wuhlgarten seine Karriere fortsetzen. Bis heute fehlt auf dem Gelände der heutigen HELIOS-Kliniken ein Hinweis auf die „Euthanasie“, ein Ort des Gedenkens. Die Linksfraktion Pankow hat mit ihrer Antragsinitiative die Bemühungen

des Stadtrates Dr. Michail Nelken (DIE LINKE) gewürdigt und bekräftigt, auf dem Gelände der HELIOS-Kliniken ein künstlerisches Denkzeichen zu errichten.

*Matthias Zarbock*  
Bezirksverordneter



Stammtisch

# Bildbetrachtung



Am Stammtisch. „Willst du uns für die CDU werben?“ war der Begrüßungsschrei im Eisernen Gustav, der mir entgegenschlug. Ich hatte ein Wahlplakat von Herrn Conrad Felgner (CDU) besorgt und hängte es für alle sichtbar an die Wand. Benjamin legte gleich los: „Was ist denn in die CDU gefahren, die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) finden doch erst im September statt?“ Karl ergänzte: „Die haben sich in der Zeit geirrt. Statt sieben Wochen vor dem Wahltermin haben sie sich für sieben Monate entschieden. Das ist doch nur positiv zu werten“. Mein Beitrag: „Rechtzeitig mit der Wahlwerbung zu beginnen, sichert viele Plätze

an den Straßenlaternen.“ Norbert: „Der Termin des Beginns der Wahlwerbung ist gesetzlich festgeschrieben. Und deshalb wurde der CDU ja schon eine Strafe angedroht, 10.000 Euro.“ Benjamin: „Und aus welchem Spendenkonto wird das nun wieder bezahlt? Es könnte sichtbar werden, dass es wieder ein schwarzes Konto ist. Solche Eigenheiten bei der CDU sind ja hinlänglich bekannt.“ Ich, gut informiert: „Die Linksfraktion hat in der BVV einen Antrag gestellt, die Plakate bis zum Wahltermin nicht zu entfernen, weil der erzieherische Wert (Weihnachtsbaumwegräumer) eine Verschönerung des Stadtbildes bewirke.“ Gelächter. Norbert: „Ich wusste

nicht, dass in der BVV auch Humor möglich ist. Aber was soll der Spruch die CDU räumt auf denn wirklich?“ „Ist doch ein gutes Vorhaben“, so der Neue am Stammtisch. „Bankenskandal, Verscherbelung von Betrieben der Daseinsvorsorge und Sicherung einer Dividende für die Aktionäre aus dem Landeshaushalt, das kann durch diese Partei doch nicht auf einem Wahlplakat dargestellt werden.“ Benjamin: „Die CDU in Berlin wird bis zum Wahltag sicher noch auf Plakaten ihren Müll aus der Vergangenheit ins Bild setzen.“ Als ehemaliger Lehrer war ich stolz auf meine Freunde. Die Bildbetrachtung war ein voller Erfolg. Zur Gestaltung haben wir geschwiegen. Na denn Prost!

Klaus Flemming



## WANNWOWASWANNWOWASWANN

**22. März** 10-18 Uhr  
Soziale Wohnungspolitik für Berlin - Segregation verhindern, Bevölkerungsvielfalt in den Wohnquartieren erhalten!  
Konferenz Helle Panke e.V. in Zusammenarbeit mit der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Pfefferberg, Haus 13, Christinenstraße 18-19 (U2 Senefelderplatz)

**23. März** 19.30 Uhr  
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

**27. März** 10.00 Uhr  
Programm für Das soziale Berlin, 2. Tagung des 3. Landesparteitages, Leonardo Royal Hotel Berlin, Otto-Braun-Straße 90 (Nähe Märchenbrunnen)

**28. März** 18.00 Uhr  
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

**30. März** 17.30 Uhr  
41. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

**31. März** 15.00 Uhr  
Rosa - 100 Jahre Internationaler Frauentag, Rosa Luxemburgs Leben und Kampf für Frieden und soziale Gerechtigkeit, Diskussion / Vortrag, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9

**2./3. April** 10.00 Uhr  
5. Tagung der 2. Hauptversammlung der Linken Pankow, Verabschiedung des Bezirkswahlprogramms und Wahl der KandidatInnen für die BVV, im BVV-Saal, Fröbelstraße 17

**4. April** 19.30 Uhr  
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

**5. April** 10.00 Uhr  
Mitregieren, tolerieren, opponieren Probleme linker Parteien in Skandinavien, Seniorenclub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

**9./10. April** 10.00 Uhr  
Landesvertreter/innen/versammlungen, Wahl der Kandidaten der LINKEN Berlin für das Berliner Abgeordneten Haus, Bunsen-Saal der WISTA in Adlershof, Rudower Chaussee 17

**11. April** 18.00 Uhr  
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

**18. April** 19.30 Uhr  
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

**1. Mai** 14.00 Uhr  
1. Mai Fest an der Böttzoweiche, Böttzowstraße, Ecke Am Friedrichshain

**2. Mai** 18.00 Uhr  
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

**4. Mai** 10.00 Uhr  
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

**9. Mai** 10.00 Uhr  
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

**11. Mai** 17.30 Uhr  
42. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

**16. Mai** 18.00 Uhr  
Basistag in der Bezirksgeschäftsstelle 19.30 Uhr  
Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

**23. Mai** 18.00 Uhr  
Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

**Linksfraktion in der BVV Pankow**  
Bezirksamt  
Fröbelstraße 17, Haus 7,  
Fraktionszimmer, Raum 109

**DIE LINKE Pankow**  
Bezirksgeschäftsstelle  
Kopenhagener Straße 76,  
Nähe S und U Schönhauser Allee

### Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.  
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin  
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de  
eMail: redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15. März 2011  
Druck: double express Auflage: 6.500

**Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 17. Mai 2011**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: Hufeland-Krankenhaus Buch

Fotos: Matthias Zarbock, Gisela Blank, Sandra Brunner, Katina Schubert